

Rezension: Ralph Jessen und Hedwig Richter: Voting for Hitler and Stalin: Elections under 20th Century Dictatorships

Kailitz, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kailitz, S. (2014). Rezension: Ralph Jessen und Hedwig Richter: Voting for Hitler and Stalin: Elections under 20th Century Dictatorships. [Rezension des Buches *Voting for Hitler and Stalin: Elections under 20th Century Dictatorships*, hrsg. von R. Jessen, & H. Richter]. *Totalitarismus und Demokratie*, 11(1), 168-172. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46625-8>

Nutzungsbedingungen:

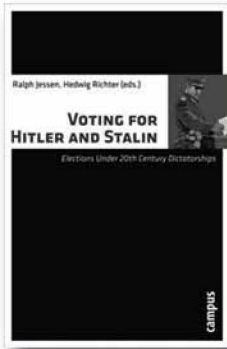
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hg.), *Voting for Hitler and Stalin: Elections under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt a.M. 2011 (Campus), 349 S.

Wesentlich angestoßen durch einen Artikel von Barbara Geddes rückten ab 1999 Diktaturen erstmals seit den 1950er Jahren wieder in den Mittelpunkt der vergleichenden Politikwissenschaft.¹ Ein zentraler Schwerpunkt des politikwissenschaftlichen Forschungsinteresses der letzten fünfzehn Jahre lag darauf, die Bedeutung von formal demokratisch erscheinenden Institutionen wie Parteien, Parlamenten und Wahlen in Diktaturen zu erkunden. Die neuere Forschung zeigte unter anderem, dass Wahlen in Diktaturen keineswegs nur Schaufensterdekorationen sind, sondern auch dort zur Regimelegitimation und zur Einbindung der Bevölkerung beitragen. Politikwissenschaftler wie Jennifer Gandhi und Andreas Schedler konzentrierten sich dabei vor allem auf die Erforschung der Bedeutung von Parlamenten und Wahlen in elektoralen Autokratien wie etwa im post-sowjetischen Russland.² In diesen Regimen konkurrieren in den halb-kompetitiven Parlamentswahlen mehrere Parteien um Parlamentssitze. Einen offenen Wettbewerb um die Regierungszügel gibt es aber faktisch nicht.

Ralph Jessen und Hedwig Richter haben diese Forschungen inspiriert (S. 11). Ihnen kommt das Verdienst zu, Geschichts- und Politikwissenschaftler zusammengeführt und diese Impulse aus der neueren politikwissenschaftlichen Diktaturforschung für die Erforschung von Wahlen ohne Auswahl in bereits untergegangenen totalitären Regimen fruchtbar gemacht zu haben. Wahlen ohne Auswahl in totalitären Diktaturen sind ein vor allem nach dem Untergang der europäischen kommunistischen Regime stark vernachlässigtes und in seiner Bedeutung bis dato unterschätztes Forschungsfeld.

Jessen und Richter haben bei der Abgrenzung ihrer Thematik ein erwähnenswertes Problem, da sie mit diesem nicht allein sind, sondern es sich um ein verbreitetes Phänomen handelt. Die Herausgeber nutzen den Begriff „totalitäre

- 1 Vgl. Barbara Geddes, *What Do We Know about Democratization after Twenty Years?* In: *Annual Review of Political Science*, 2 (1999), S. 115–144. Zur folgenden Entwicklung des Forschungsfelds vgl. Steffen Kailitz/Patrick Köllner, *Zur Autokratieforschung der Gegenwart: Klassifikatorische Vorschläge, theoretische Ansätze und analytische Dimensionen*. In: Steffen Kailitz/Patrick Köllner (Hg.), *Autokratien im Vergleich, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift* 2012, Baden-Baden 2013, S. 9–34.
- 2 Vgl. u. a. Jennifer Gandhi, *Political Institutions under Dictatorship*, Cambridge 2008; Jennifer Gandhi/Ellen Lust-Okar, *Elections Under Authoritarianism*. In: *Annual Review of Political Science*, 12 (2009), S. 403–422; Andreas Schedler, *Elections Without Democracy. The Menu of Manipulation*. In: *Journal of Democracy*, 13 (2002) 2, S. 36–50; ders. (Hg.), *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006.

Diktaturen“, notieren aber, dass sie dies nur aus einem „Mangel an Alternativen“ (S. 11) heraus tun. Es fällt auch auf, dass einige Autoren den Totalitarismusbegriff nicht nutzen. Zugleich sehen Jessen und Richter den Begriff „moderne Diktaturen“ zu Recht als eine unbrauchbare Alternative an, da er viel zu unspezifisch ist und u. a. auch elektorale Autokratien umfasst. Eine etwas ausführlichere Begründung der Probleme mit dem Totalitarismusbegriff und vor allem eine breitere Begriffsdiskussion der Alternativen wäre wünschenswert gewesen. Als mögliche Alternativen zum Totalitarismusbegriff, der etwa die nahezu unlösbare Problematik einer Abgrenzung von totalitären und post-totalitären Regimen aufweist, erscheinen „Weltanschauungsdiktaturen“ (u. a. Lothar Fritze) und „Ideokratien“ (u. a. Uwe Backes, Peter Bernholz und Steffen Kailitz).³ Es ist allerdings durchaus verständlich, dass die Herausgeber die Termini noch nicht angewendet oder zumindest diskutiert haben, da sie erst in allerjüngster Zeit an Boden gewinnen.

Nach einem sehr informativen Forschungsüberblick von Ralph Jessen und Hedwig Richter analysieren die anschließenden Beiträge die Bedeutung von Wahlen und Plebisziten im faschistischen Italien (Paul Corner, Enzo Fimiani), im nationalsozialistischen Deutschland (Enzo Fimiani, Frank Omland) und den kommunistischen Regimen in der Sowjetunion (Thomas M. Bohn, Wendy Z. Goldman, Stephan Merl, Gleb Tsipursky), in der DDR (Hedwig Richter) und der Tschechoslowakei (Peter Heumos).

Grob sind diese Beiträge drei Blöcken zugeordnet: 1. Legitimität; 2. Disziplin; 3. Widerspruch und Loyalität. Die Abgrenzung der drei Blöcke ist nicht trennscharf und bleibt in der Einleitung unbegründet. Die Zuordnung der Beiträge zu den Blöcken wirkt daher etwas willkürlich.

Der Sammelband von Jessen und Richter erwirbt sich Verdienste dadurch, dass er wichtige, fast vergessene Forschungsarbeiten zum Thema Wahlen und Plebiszite in Weltanschauungsdiktaturen⁴ in Erinnerung ruft und vor allem durch neue Beiträge wichtige Lücken auf dem Forschungsfeld schließt. Der Band ist in toto ein gelungener interdisziplinärer Schritt nach vorn für die Erforschung von Ideokratien.

3 Vgl. u. a. Uwe Backes, Was heißt Totalitarismus? Zur Herrschaftscharakteristik eines extremen Autokratie-Typs. In: Katarzyna Stokłosa/Andrea Strübind (Hg.), Glaube – Freiheit – Diktatur in Europa und den USA, Göttingen 2007, S. 609–625; Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.), Ideokratien im Vergleich. Legitimation, Kooptation und Repression, Göttingen 2013; Peter Bernholz, Ideocracy and Totalitarianism: A Formal Analysis Incorporating Ideology. In: Public Choice, 108 (2001), S. 33–75; Lothar Fritze, Verführung und Anpassung: Zur Logik der Weltanschauungsdiktatur, Berlin 2004; Steffen Kailitz, Varianten der Autokratie im 20. und 21. Jahrhundert. In: Totalitarismus und Demokratie, 6 (2009), S. 209–251.

4 Vgl. u. a. Alex Pravda, Elections in Communist Party States. In: Guy Hermet/Richard Rose/Alain Rouquié (Hg.), Elections Without Choice, London 1978, S. 169–195; Victor Zaslavsky/Robert J. Brym, The Functions of Elections in the USSR. In: Soviet Studies, 30 (1978) 3, S. 362–371.

Ideokratien eint die Ansicht, dass Regierende und Regierte eine Einheit sind. Mehrparteienwahlen zum Parlament wie im April 1924 in Italien und im März 1933 in Deutschland in der Transformationsphase von der Demokratie zum Weltanschauungsdiktatur sind Bewegungen wie der NSDAP oder dem italienischen Faschismus daher wesensfremd. Wenn Weltanschauungsbewegungen um Mehrparteienwahlen (noch) nicht herum kommen, nutzen sie diese, um nach der Ausschaltung oder massiven Einschüchterung der politischen Gegner im Vorfeld der Parlamentswahl diese nach dem – vorhersehbaren – Wahlsieg als „nationales Plebiszit“ (so im Beitrag von Enzo Fiminani zitierte Pressestimmen zur Wahl 1924 in Italien sowie zeitgenössische juristische Stimmen von Carl Schmitt und anderen zur Wahl im März 1933) für ihr kommendes Weltanschauungsregime zu inszenieren.

Nach der vollständigen Machtübernahme von Weltanschauungsbewegungen haben Parlamentswahlen auf den ersten Blick kaum noch Bedeutung. Zum einen haben die Parlamente von da an schlicht so gut wie keine eigenständige politische Macht mehr,⁵ zum anderen bleibt den Wählern bei den Parlamentswahlen auch keine Auswahlmöglichkeit zwischen verschiedenen politischen Richtungen. Auf den zweiten Blick haben sie für Ideokratien, denen die Beschwörung des Konsenses von Regierenden und Regierten enorm am Herzen liegt, eine wichtige Funktion. Wahlen (ohne Auswahl) dienen in kommunistischen Staaten dazu, durch eine möglichst vollständige Wahlbeteiligung und möglichst vollständige Stimmabgabe für die kommunistische(n) Partei(en) die Einheit von Volk und Staat zu demonstrieren (so Hedwig Richter in ihrem Beitrag). Das gleiche Grundmuster findet sich in der faschistischen Diktatur Italiens und der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland.

So schrieb etwa das Reichsgesetzbuch von 1936 Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland die Funktion einer feierlichen Zustimmung zur Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und der Souveränität des Reichs zu. Die gleiche Grundfunktion der Parlamentswahlen in der nationalsozialistische Diktatur und der DDR geht mit einer sehr ähnlichen Form der Anlage der Wahlen einher. Die Bevölkerung musste sich mit „Zettelfalten“⁶ begnügen, die politische Richtung auswählen konnte sie nicht. DDR wie NS-Diktatur arbeiteten mit Einheitslisten. So legte die NSDAP der Bevölkerung im November 1933 und im März 1936 von der NSDAP stark dominierte Einheitslisten vor, auf der sich auch einige Parteilose befanden.

Einheitslisten signalisieren Einheit. Wer nicht für sie stimmt, ist ein Störenfried. Nicht zuletzt suggeriert eine Weltanschauungsdiktatur durch solche Wahlinszenierungen (potentiell) Oppositionellen, dass sie nur eine verschwindende Minderheit sind. Ideokratien streben danach, das Recht zur Wahl in eine ver-

5 Vgl. u. a. Werner J. Patzelt (Hg.), *Die Volkskammer der DDR: Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2002.

6 Vgl. Hans Michael Kloth, *Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen: die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“*, Berlin 2000.

pflichtende Zustimmungskundgebung der Bevölkerung zu verwandeln. Dies gelingt unterschiedlich gut. Auf Probleme stößt das Einheitsstreben dann, wenn die Bürger schon Erfahrungen mit pluralistischen Mehrparteienwahlen gemacht haben. Corner und Fiminani weisen etwa darauf hin, dass bei den Wahlen und Plebisziten im faschistischen Italien in den industriellen Zentren Norditaliens noch bis zu 18 Prozent der italienischen Wähler nicht wählten oder mit „Nein“ stimmten. Auch in der Anfangsphase der DDR und anderer kommunistischer Staaten gab es noch eine recht große Gruppe von Personen, die nicht wählte oder gar „Nein“ zur Einheitsliste sagte. Daher erstaunte es zu Recht selbst die Führung der NSDAP, wie Frank Omland in seinem Beitrag darlegt, dass bei den Novemberwahlen 1933 auf Anhieb ohne erkennbare Manipulationen des Ergebnisses fast 90 Prozent der registrierten Wähler für die nationalsozialistische Einheitsliste stimmten.

Die folgenden Wahlen und Plebiszite ohne Auswahl dienen in Weltanschauungsdiktaturen nicht zuletzt der Werbung für die ideologischen Ziele und der Mobilisierung der Bevölkerung für diese Ziele. Obgleich bei den Wahlen und Plebisziten die Macht nicht auf dem Spiel steht, treiben Ideokratien daher einen großen Aufwand vor den Wahlen. Die Wahlen und vor allem die Proklamation ihres Ergebnisses erscheinen als eine Feier der Einheit von Regierten und Regierenden. Daher überzog etwa die kommunistische Partei der Sowjetunion in den zwei Monaten vor den Wahlen mit Wahlversammlungen und einem enormen Maß an Werbung für die kommunistische Partei und ihre Kandidaten (Stephan Merl). Die Bevölkerung an Abstimmungstagen in Festlaune zu bringen, gelang dabei etwa dem nationalsozialistischen Regime (siehe der Beitrag von Markus Urban) deutlich besser als etwa dem kommunistischen Regime der DDR (siehe der Beitrag von Hedwig Richter). Die Motivationsfähigkeit für die ideologischen Ziele unterscheidet allerdings keineswegs rechte und linke Ideokratien, sondern Weltanschauungsdiktaturen, die wie das NS-Regime und die Sowjetunion aus sehr starken in der Nation verankerten Bevölkerungsbewegungen entstanden sind, und solchen, die wie die DDR und die kommunistischen Regime in Polen und den baltischen Ländern nur durch den Druck der Sowjetunion etabliert und aufrecht erhalten wurden. So gelang es auch der Sowjetunion vor allem in ihrer Anfangszeit noch, Feierlaune bei Wahlen zu erzeugen.

Die Forschung zu Wahlen und Plebisziten in Diktaturen konzentriert sich zu stark auf die Funktion der Wahlen und Plebiszite für die Machthaber. Stephan Merl geht dieses Desiderat offensiv an. Er zeigt für die Sowjetunion, dass die Sehnsucht der kommunistischen Funktionäre, die Bürger zu einer möglichst freiwilligen Zustimmung an den Wahlurnen zu bringen, im Vorfeld von Wahlen gerade auf lokaler Ebene zu Lösungsversuchen lokaler Probleme (etwa Versorgungsengpässe) führte. So lange die Bürger ihre Kritik bei den Wahlversammlungen moderat und sachlich formulierten, mussten sie keine Verfolgung fürchten. Wahlen in Weltanschauungsdiktaturen haben also durchaus eine – wenn auch stark beschränkte – Bedeutung für die Kommunikation zwischen Bürgern und Machthabern.

Bei allem Lob, das der Band verdient, hat er vor allem einen bedeutenden blinden Fleck: den wichtigen Themenkomplex der Bedeutung von Wahlreformen und der Enthüllung von Wahlfälschungen als Anstöße für den Zusammenbruch kommunistischer Weltanschauungsdiktaturen 1989–1991. Die Herausgeber thematisieren selbst in der Einleitung, dass in Polen und Ungarn Veränderungen der Wahlprozedur in den 1980er Jahren die Erosion des Machtmonopols der kommunistischen Partei begünstigten. Auch die Regime erschütternden Folgen der massiven Wahlmanipulationen bei den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1989 hätten einen eigenen Beitrag etwa von einem Spezialisten wie Hans-Michael Kloth verdient. Gewinnbringend wäre auch ein Beitrag zur von Michail Gorbatschow im Dezember 1988 initiierten Wahlreform und der grundlegenden Bedeutung der folgenden semi-kompetitiven Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten im März 1989. Diese – bislang unzureichend gewürdigte – Wahlreform war eine entscheidende Marke auf dem Weg hin zum Zerfall der Sowjetunion. Zum ersten – und letzten – Mal konkurrierten in der Sowjetunion mehrere Kandidaten um einen Parlamentssitz. Zum ersten Mal zogen nicht-kommunistische Kandidaten in das Parlament ein. Zum ersten Mal gab es nach der Wahl hitzige und konträre Debatten im sowjetischen Parlament. Nach der Wahlreform hatte das kommunistische Machtmonopol einen weithin sichtbaren Riss, der Nicht-Kommunisten in und außerhalb der Sowjetunion ermunterte, nun die ganze Mauer einzureißen. Weitere Forschungen zu Wahlen und Plebisziten in Ideokratien erscheinen fruchtbar und wünschenswert. Hier gibt es noch manchen Schatz zu heben.

Steffen Kailitz, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.